

II-559 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

19.4.1967

280/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Z e i l l i n g e r, P e t e r und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend Benachteiligung der als Vertragslehrer weiter unterrichtenden
Lehrerpensionisten.

— . — . — . —

Der akute Lehrermangel in Österreich bringt es mit sich, dass viele Lehrer nach ihrer Pensionierung als Vertragslehrer an der gleichen Schule weiter unterrichten. Für diese über das Pensionsalter hinaus in der Stellung eines Vertragslehrers erbrachte Mehrdienstleistung werden die Sozialabgaben im vollen Ausmass abgezogen - dies ohne Rücksicht darauf, ob die damit korrespondierenden Leistungen in Anspruch genommen werden können oder nicht. So sind die Betroffenen als Pensionisten bei der Bundeskrankenkasse krankenversichert, als Vertragslehrer aber müssen sie an die Gebietskrankenkasse Beiträge leisten; im Krankheitsfalle kann jedoch natürlich nur einmal eine der beiden Krankenkassen in Anspruch genommen werden. Noch problematischer ist es aber, dass als Vertragslehrer weiter unterrichtende Lehrerpensionisten für die Arbeitslosen- und Altersversicherung Beiträge zu entrichten haben, obwohl mit der Zahlung dieser Beiträge keinerlei Anspruch auf korrespondierende Leistung erworben werden kann. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, um darzutun, dass eine derartige Regelung vom betroffenen Personenkreis als Ungerechtigkeit und unbillige Härte empfunden wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e :

Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine Regelung zu finden, durch welche die Bezüge der als Vertragslehrer weiter unterrichtenden Lehrerpensionisten von den zurzeit bestehenden unbilligen Belastungen befreit werden?

— . — . — . —